

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 31

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorabbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 30. Juli 1926.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Beuelerwall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

Sozialversicherung und Volkswirtschaft.

(Schluß.)

Die Notwendigkeit der Sozialversicherung wurde seither vielfach falsch begründet. Man hört nicht selten, das einzige uns verbliebene wirtschaftliche Gut, nämlich die menschliche Arbeitskraft, müßte erhalten oder wiederhergestellt werden. Wir würden uns schön wundern, und vor lauter Hunger nicht mehr in der Lage sein, zu solchen sentimental Redensarten, wenn uns wirklich nichts anderes verblieben wäre, als unsere Arbeitskraft, wenn wir also nicht unsere zum großen Teil ausgezeichneten Produktionsmittel, unsere technischen Erfindungen, unsere Binnenmärkte und auch noch $\frac{1}{4}$ unseres früheren Außenmarktes hätten. Auch ist es nicht richtig, die Sozialversicherung bloß mit der Produktivität der Wirtschaft durch Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft begründen zu wollen. Ebenso bedeutsam für die Sozialversicherung ist die Konsumkraft. Das große Wirtschaftsproblem, das sich mit Zunahme der Produktivität infolge der gewaltigen unausbleiblichen und notwendigen Rationalisierung noch steigert, und das auch der heutigen Krise zugrunde liegt, ist ja gar nicht: wie stellen wird genügend Güter her?, sondern: wie schaffen wir genügend Absatz? Die Frage des Absatzes ist die große, alle anderen Probleme überragende Frage der Wirtschaft von heute und morgen. Unsere heutige Krisis ist mehr eine Beschäftigungskrise. Das geht zur Genüge daraus hervor, daß

1. auch in denjenigen Gewerben, die zweifellos blühen, starke Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist;
2. die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden immer noch mit größer ist, als wie sie im Verhältnis zu den doch sicher blühenden Verhältnissen der Vorkriegszeit sein müßte;
3. heute nach mehr als halbjähriger Krise bei fast unermindelter Arbeitslosigkeit die Konkursziffern außerordentlich stark abnehmen, und
4. die Preise sich noch immer nicht der Kaufkraft in weiterem Umfange als vor dem Kriege der Krise anpassen. Der Sinn einer Krise ist aber, das auseinandergegangene Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen durch Herabgehen der Preise wieder in Einklang zu bringen.

Der Erhaltung und Steigerung der Konsumkraft fällt also eine andere, letztlich auch die Wirtschaft fördernde Beurteilung der sozialpolitischen Maßnahmen insgesamt und der Sozialversicherung im besonderen zu. Denn die Sozialversicherung erhält nicht nur die Arbeiter als Produzenten, sondern sie und ihre Angehörigen als Konsumenten, und das in einer Zeit, wo der Rückgang im Bevölkerungswachstum und damit im Wachstum der Konsumentenmasse infolge der Einschränkung der Geburtenzahl in einer für Wirtschaft und Kultur gefährlichen Weise zurückgeht, für die Wirtschaft aber auch gefährlich wegen des Ausfalles von genügenden Konsumenten. Nun bleibt aber die Kaufkraft, die in den Beiträgen für die Sozialversicherung enthalten ist, nicht untätig in den Versicherungskassen oder in den Händen der Versicherten, sondern sie geht dort sofort in Nachfrage um, mag sich nun diese Nachfrage nach Lebensmitteln oder nach ärztlichen Winken oder nach Arzneien oder nach Krankenhäusern, Heilstätten, Invalidenheimen konkretisieren. Wenn es also richtig ist, daß wir für die Sozialversicherung jährlich 2,5 Milliarden anwenden, so ist davon volkswirtschaftlich gesehen, noch nicht mal 1 Pfennig „weggeworfenes Geld“, sondern, es sind Beträge, die genau so gut ausgegeben werden und Nachfrage erzeugen, und dadurch der Wirtschaft wieder zugeführt werden, als wenn die Beiträge, aus denen sie bestehen, nicht geleistet worden wären; denn auch in diesem letzten Falle wären jene Beträge doch auch irgendwie von den Unternehmungen oder den Unternehmern oder den Arbeitnehmern ausgegeben worden, und hätten natürlich auch dadurch volkswirtschaftlich irgendwie anregend gewirkt. Der Unterschied ist allerdings der, daß diese 2,5 Milliarden jetzt von anderen, nämlich den Sozialversicherten und ihren Anverwandten, teilweise zu anderen wirtschaftlichen Zwecken ausgegeben werden, als für die sie ausgegeben sein würden, wenn sie bei denen verblieben wären, von denen sie herrühren.

Mit dieser letzten Betrachtung der Dinge kommen wir zur Kernfrage, die sich m. E. aus diesem Thema ergibt. Und die lautet nicht so, ob die Sozialversicherung die Volkswirtschaft so, wie diese heute ist, hemmt oder fördert, sondern vom menschlichen, sittlichen, kulturellen Standpunkte aus weit entscheidender:

Wird durch die Sozialversicherung die Volkswirtschaft ihrem Zwecke dienstbarer gemacht oder entfremdet?

Die Beantwortung dieser Frage hat die Anerkennung des Prinzips zur Voraussetzung, daß die Volkswirtschaft, wie überhaupt alle wirtschaftliche Tätigkeit, nicht Selbstzweck ist, sondern die Aufgabe hat, der Erhaltung der Kultur und Bildung der Menschen zu dienen. Ueber die Anerkennung dieses Prinzips brauchen in diesem Kreise weiter keine Worte verloren zu werden. An dieser Stelle brauchen aber auch darüber keine langen Ausführungen gemacht zu werden, daß innerhalb unseres Volkes nicht nur ein kleiner Kreis von Menschen auf ein wirtschaftliches und kulturell gehobenes Dasein Anspruch erheben kann, sondern daß, ausgehend von unserer christlichen Auffassung, jeder Mensch eine Seele hat, die zur Kultivierung und Bildung bestimmt ist. Nimmt man aber diesen Standpunkt ein, so ergibt sich aus der Erfahrung, daß Kultur und menschenwürdiges Dasein jeden Augenblick, wie übrigens schon das nackte Leben an sich an die Verfügungsmöglichkeit über ein bestimmtes Maß wirtschaftlicher Güter geknüpft sind. Nahrung, Kleidung, Obdach, Hege und Pflege in gesunden und kranken Tagen, das alles sind aber nur Ausdrücke für derartige wirtschaftliche Güter. Von Etats der Schulen, Staaten, Kirchen usw. ganz zu schweigen. Die Erfahrung lehrt nun, daß die individual-kapitalistische Wirtschaft zwar ungeheure Mengen von Gütern heranschafft, daß sie, nach der Produktionsseite hin betrachtet, in der Lage ist, die gesamte Menschheit mit einem solchen Maße von Gütern der gedachten Art zu versorgen, daß, von der Produktionsmöglichkeit aus gesehen, niemand Not zu leiden braucht. Die Erfahrung lehrt aber auch, daß dieses Wirtschaftssystem hinsichtlich der vorhin genannten höchsten Aufgabe, nämlich der tatsächlichen Versorgung aller Menschen mit diesen Gütern, außerordentlich schlecht funktioniert. Diesem System ist es einerlei, ob Hunderttausende oder Millionen von Menschen trotz der reichen Fülle der Erzeugung, und trotz der heute gar nicht mehr überschaubaren Erzeugungsmöglichkeiten sterben und verderben. Sie ist ein außerordentlich schlechter Verteiler des von ihr erzeugten oder erzeugbaren Reichtums. Diese ganz unvollkommene Verteilung einigermaßen zu rektifizieren, d. h. dafür zu sorgen, daß auch noch der letzte Mann, der arme Mann, der kranke Mann, der invalide Mann, die Wöchnerin, die Waisen etwas abbekommen, und sei es auch nur soviel, daß sie ihr Leben erhalten oder ihre Arbeitskraft wiederherstellen können, das ist der Sinn, wie vieler anderer Maßnahmen des Staates und der Gewerkschaften, so auch vor allem der Sozialversicherung.

Und damit ist die Sozialversicherung — wenn auch in engen Grenzen — geradezu eine Sinngebung der modernen Wirtschaft. Durch sie wird die moderne Wirtschaft, wenn auch nicht genügend, so doch wenigstens in einem gewissen Maße ethisiert und menschenwürdig gemacht. Gewiß, es darf keinen Augenblick geleugnet werden, daß die Sozialabgaben aus der Wirtschaft herrühren (wie ebensowenig verkannt werden darf, daß sie in die Wirtschaft zurücklaufen), und daß sie nicht mehr der Wirtschaft entnommen werden können, wenn es keine Wirtschaft mehr gibt. Aber mit der Anerkennung dieser Tatsache ist bei weitem nicht anzuerkennen, daß alles das, was heute Anspruch darauf erhebt, zur Wirtschaft gezählt zu werden, durchaus rentabel sein muß und in gleichem Umfange bestehen bleiben muß, wie es heute ist und keinesfalls in seiner weiteren Ausdehnung gehemmt werden darf. Im Gegenteil. In der heutigen Wirtschaft gibt es eine große Anzahl von Unternehmungen, und wird ein großer Teil von Arbeitskraft, Material und Geldkapital Zwecken dienstbar gemacht, die mit der Förderung wirtschaftlichen Wohlstandes der Allgemeinheit, mit der Erhöhung von Kultur und Bildung nichts zu tun haben, ihr im Gegenteil sogar abträglich sind. Hinzu kommt, daß durch ein Sichüberstürzen der Gründungswillkür jährlich Milliarden in Unternehmungen gesteckt werden, mit denen man nachher gerade unter dem Gesichtspunkte der Rentabilität nichts anzufangen weiß. Diese beiden Gesichtspunkte werden auch — freilich vielfach unbewußter Folge — von gewissen Kreisen des Unternehmertums anerkannt, nämlich von allen denen, die dem Sparen das Wort reden. Wird aber in unserm Volke richtig gespart, d. h. werden in ihnen die Bedürfnisse in der richtigen Reihenfolge ihres Wertes für Kultur und Bildung befriedigt, und wird dementsprechend auch vermehrt produziert, dann ist unser Volk nicht nur in der Lage,

die heutigen Soziallasten aufzubringen, sondern es könnte noch weit darüber hinaus den materiellen und geistigen Wohlstand haben.

Aber wie gesagt, das kapitalistische System kommt zu dieser Ordnung der Dinge aus sich heraus nicht; denn es beruht auf einer anderen Wertung der Bedürfnisse, nämlich der geldlichen Wertung. Wenn nun die Sozialversicherung für ihren Bereich die andere Wertung der Bedürfnisse mit staatlicher Autorität durchsetzt, so handelt sie damit im Sinne einer höheren Lebens-, aber auch einer höheren Wirtschaftsauffassung. Daraus ergibt sich grundsätzlich, daß die Wirtschaft sich den Erfordernissen der Sozialversicherung und der Sozialpolitik überhaupt anzupassen hat, und daß es nicht umgekehrt sein darf. Wenn wir uns nun in der heutigen Wirtschaft, die so sehr über die Schwere der Soziallasten klagt, umsehen, so finden wir, daß sie nicht nur gedeiht, sondern, daß gerade jene Äste und Zweige am Wirtschaftsbaume eine besondere Leppigkeit entfalten, die mit der Versorgung unseres Volkes mit notwendigen und wahre Kultur fördernden Dingen nur wenig oder gar nichts zu tun haben. Daraus ist gewiß nicht herzuweisen, daß wir nur eine wilde Produktion haben, sondern auch, daß wir weitgehend einem unüberlegten, wilden Konsum frönen. Aber es ergibt sich doch auch die weitere Einsicht, daß die Lasten der Sozialversicherung noch weit davon entfernt sind, dem Stamme des Wirtschaftsbaumes und seinen edlen Ästen und Zweigen den nötigen Saft zu nehmen. Demgegenüber sind wir leider noch weit davon entfernt, den Sozialversicherten das zukommen zu lassen, was man ihnen als christlicher Kulturmenschen zuerkennen muß, und deshalb wird nach wie vor daran gearbeitet werden müssen, die Wirtschaft und Sozialversicherung so zu gestalten, daß bei veredelter Wirtschaft und veredeltem Konsum eine bessere Versorgung der Millionen, besonders jener, für die ein Versicherungsfall eintritt, ermöglicht wird.

Kapitalneubildung und Wirtschaftspolitik.

Was für den menschlichen Organismus das Blut ist, das ist für die Volkswirtschaft das Kapital. Blutarmut ist für diesen ebenso nachteilig wie für jene. Allzu großer Blutmangel oder Blutverunreinigung kann sogar zu einer Lebensbedrohung der beiden Organismen führen. Das haben wir z. B. für die Wirtschaft im Höhepunkt der Inflation erlebt, als die Verflüssigung des Blutes in Gestalt des rasenden Kapitalschwundes die Wirtschaft zum Erliegen zu bringen und das Volk dem Hungertode zu überliefern drohte.

Umgekehrt beruhte die Blüte der Vorkriegswirtschaft teilweise auf dem Kapitalreichtum. Dieser hinwiederum entstand und mehrte sich auf dem Wege der Kapitalbildung durch Herauswirtschaften von Ueberschüssen aus den Unternehmungen einerseits und die Bildung von Kapitalrücklagen seitens der breiten Verbraucherschichten durch Sparen, d. h. Nichtverwendung bestimmter Einkommensteile für den unmittelbaren Lebensverbrauch andererseits. In der Volkswirtschaft der Vorkriegszeit wurde das Volkseinkommen, das man damals auf 40—45 Milliarden Mark bezifferte, nicht völlig aufgebraucht, sondern ein Teil desselben wurde, nachdem die Bedürfnisbefriedigung vor sich gegangen war, erübrigt. Diese nicht unmittelbar für den menschlichen Bedarf verwandten Einkommensteile wurden gebraucht einmal zu Erweiterungen, zu Neuanlagen der mannigfachsten Art, zur Inordnunghaltung und Verbesserung des Produktionsapparates auf den verschiedensten Gebieten menschlichen Schaffens, um auf diese Weise immer weitere und bessere Lebensmöglichkeiten für die von Jahr zu Jahr sich mehrende Bevölkerung herbeizuführen. Sie wurden damit selbst wieder zum stehenden Kapital. Andere Teile flossen als bare Gelder in die Sparkassen, Genossenschaften, Banken, Lebensversicherungen und andere Reservoire, um als bewegliches Kapital die Wirtschaft zu befruchten. Diese Vorgänge bildeten einen Normalverlauf. Das Kapital, das so in jedem Jahre dem Volkseinkommen zuwuchs, wurde für Deutschland auf rund 10 Milliarden geschätzt.

Vor dem Kriege waren an der Kapitalneubildung alle Schichten des deutschen Volkes beteiligt, in erster Linie das Unternehmertum in Industrie, Landwirtschaft und Großhandel. Daneben hatten wir einen breitausladenden gewerblichen Mittelstand, hatten wir einen Beamtenstand, der immerhin ein gewisses Maß von Privatvermögen

besaß, hatten wir einen weitausgedehnten Rentnerstand, der von seinem Vermögensbesitz leben konnte. Dazu kam, daß auch manche Arbeiter durch Fleiß und Sparsamkeit einen Notpfennig zurückgelegt hatten in den Sparkassen. Insgesamt war das Sparkassenkapital sehr bedeutsam, indem in den öffentlichen Sparkassen Deutschlands über 20 Milliarden Mark Sparkassentitel aufgehäuft waren. Dies war bei Licht gesehn die Beteiligung des gesamten Volkes an den Produktionsmitteln unserer Volkswirtschaft. Heute ist das anders. Die Kapitalforderungen sind zum größten Teil verfallen, und wenn auch eine Ausräumung erfolgt, so ist der Anteil der breitesten Massen des Volkes am eigentlichen Kapital der Volkswirtschaft, an den Sachglütern, viel geringer geworden. Wir haben im Krieg und erst recht durch die Inflation an wirklichem Kapital Summen eingebüßt, die der Vermögensovermehrung eines halben Menschenalters fruchtbarer nationaler Arbeit entsprochen haben. Nach übereinstimmenden Schätzungen dürfte heute nahezu die Hälfte des mühsam erarbeiteten Volksvermögens verlorengegangen sein. Die vorher gekennzeichneten Substanzverluste müssen aber wieder eingeholt werden, wenn die deutsche Wirtschaft wieder hochkommt, auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein und das deutsche Volk menschenwürdig leben lassen soll. Die Kapitalneubildung wird so für uns zu einer Frage von ausschlaggebender Bedeutung.

Angesichts dessen muß durch eine sorgsame Wirtschaftspolitik und bedachtsame Wirtschaftspflege alles getan werden, was geeignet ist, die Wirtschaft, aus der doch schließlich die Kapitalbildung vor sich geht, wieder ertragsfähig zu machen. Da die Kapitalbildung auf zwei Wegen vor sich gehen kann, wird dabei eine besondere Rolle der Steuer- und Sozialpolitik beizumessen sein. Die Kapitalneubildung kann zunächst in der Hauptsache von unten her erfolgen, indem Millionen von Einzelsparern kleinere Beträge zurücklegen, diese Beträge in den Sparkassen oder ähnlichen Instituten oder in Pfandbriefen anlegen. Dann sammeln sich diese Millionen von einzelnen neuen Kapitalpartikeln in diesen Volksbanken und werden von hier aus dem Kreditmarkte zugeführt. Die Kapitalbildung kann aber auch so erfolgen, daß im wesentlichen nur die Großen Ueberschüsse erzielen und Rücklagen vornehmen können, daß sich also bei ihnen von oben her in der Hauptsache die Neubildung vollzieht. Das wird vor allem bei einer stark kartellmäßigen Bindung der Wirtschaft der Fall sein. Begründen doch die Verfechter einer weitgehenden Kartellbildung ihre Preispolitik u. a. mit der Notwendigkeit einer schnellen Kapitalbildung. Eine auf die Erzielung hoher Preise gerichtete einseitige Kartellpolitik muß jedoch einer intensiven Rationalisierung hindernd im Wege stehen.

Eine Kapitalbildung vorwiegend von oben her mag vielleicht am wirksamsten sein und am schnellsten vor sich gehen; sie ist aber weder aus sozialen noch aus wirtschaftlichen Gründen wünschenswert. Es entspricht den Geboten sozialer Gerechtigkeit, die Kapitalbildung bei jenen zu fördern, die durch den Gang der Entwicklung am härtesten getroffen worden sind. Hierauf wird insbesondere bei der Steuerpolitik Rücksicht zu nehmen sein. Diese wie auch die gesamte Wirtschaftspolitik ist mit Rücksicht auf die Kapitalneubildung so einzustellen, daß auch den breiten Massen des Volkes, seien es Arbeiter oder noch selbständige Mittelstandsexistenzen, die Möglichkeit des

Sparens und der Kapitalneubildung gegeben wird. Auf je breitere Basis die Kapitalneubildung gestellt wird, um so besser für unsere gesamte Entwicklung. Volkzieht sich der Neubildungsprozeß von Kapital oder anders ausgedrückt der Sparprozeß in der gesamten Volkswirtschaft hauptsächlich von unten herauf, so wird auch das Kreditproblem, das mit zu einem der ernstesten Probleme der Gegenwart geworden ist, sich wesentlich günstiger anlassen. Daran haben namentlich die kleineren und mittleren Betriebe sowohl im Gewerbe als auch der Landwirtschaft ein großes Interesse. Sie müssen aus den Sammelstellen der Kleinsparer der Sparkassen und Genossenschaften ihre Kredite bekommen. Diese Möglichkeit wird aber gefährdet, falls die gesamte Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik eine Tendenz nehmen würde zur Bildung von neuem Kapital hauptsächlich in den oberen Spitzen und zur Vernachlässigung der Kapitalbildung beim Mittelstand und den unteren Klassen des Volkes.

Hebung der Kaufkraft des eigenen Volkes durch weise Mäßigung in der Finanzwirtschaft und damit zugleich Senkung der Preise, ferner Hebung der Ausfuhr, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegen das Ausland auf jede Weise, Anpassung an die verminderte Aufnahmefähigkeit fast der ganzen Welt, tunlichste Beschränkung der Einfuhr, gute und Ausfuhrmöglichkeit schaffende Handelsverträge, das ist es, worauf es in nächster Zeit in der Wirtschaftspolitik vor allem ankommt. Aber keine Rationalisierung, keine Verbesserung des Wirtschaftsapparates, keine Exportsteigerung ohne erhöhte Kapitalneubildung! Dr. v. d. B.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 25. bis 31. Juli 1926 der 31. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Zeitzahlungen für das III. Vierteljahr 1926. Eine zweckmäßige Verwertung der Verbandsgelder ist nur möglich, wenn der Vertrauensmann die eingezogenen Beiträge sofort an den Zahlstellenkassierer abliefern und der Zahlstellenkassierer regelmäßig Zeitzahlungen an die Hauptkasse leistet.

Lohn- und Tarifbewegung.

■ Südwestdeutsche Fürstentindustrie. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages blieben ohne Erfolg. Es wurde darum der Schlichtungsausschuß Freiburg zur Entscheidung angerufen. Vor dem Schlichtungsausschuß kam folgende Vereinbarung zustande:

1. Der Bezirkstarifvertrag vom 15. Februar 1923 nebst seinen Ergänzungen über Arbeitszeit und Urlaub vom 9. und 10. April 1925 wird verlängert.
2. Die Parteien treten alsbald in neue Verhandlungen ein, um bis 30. September 1926 einen neuen Manteltarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Der Geltungsbereich dieses Tarifvertrages soll möglichst auf Bayern, Hessen und Hessen-Rassau ausgedehnt werden.
3. Bezüglich des Urlaubs für 1926 tritt an Stelle der vertraglichen Bestimmungen folgende Sonderregelung: Der Urlaub beträgt bei einer

Beschäftigungsdauer von 1—4 Jahren 2 Werkstage, „ „ 5—8 „ 3 „ „ „ 9—12 „ 4 „ „ „ 13—15 „ 5 „ „ „ über 15 „ 6 „
Jugendliche unter 20 Jahren erhalten keinen Urlaub.
Der letzte Satz des § 39 des Bezirkstarifvertrages findet in diesem Jahr keine Anwendung.
4. Als Lohnvereinbarung gelten bis 2. Oktober 1926 die von Schlichtungsausschuß Freiburg i. Br. am 9. Februar 1926 festgelegten Löhne. (Tabelle 43.)
Von dieser Zeit ab kann die Lohnvereinbarung jeweils mit zweiwöchentlicher Frist gekündigt werden.

(Unterschriften.)

Die fragliche Lohntabelle sieht folgende Löhne vor:

Die Ortssklassen für Sacharbeiter	A	B	C	Die Ortssklassen für Sacharbeiterinnen	A	B	C
über 24 Jahre	70	64	58	über 24 Jahre	48	44	38
" 22 "	67	61	55	" 22 "	46	42	36
" 20 "	60	54	50	" 20 "	41	37	33
" 18 "	52	48	44	" 18 "	36	33	29
" 16 "	39	35	32	" 16 "	27	24	21
" 15 "	39	26	23	" 15 "	23	21	19
" 14 "	25	22	20	" 14 "	20	18	16

Die Akkordbasis beträgt ab 15. Februar 1926: für Arbeiter in Ortssklasse A 77, B 70, C 64 Pfg., für Arbeiterinnen in Ortssklasse A 53, B 48, C 43 Pfg.

Die vertraglichen Mindestlöhne für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sind um 5 Prozent, diejenigen der neu anzunehmenden Arbeiter und Arbeiterinnen um 10 Prozent niedriger als die oben aufgeführten Mindestlöhne für Sacharbeiter und Sacharbeiterinnen.

■ Rheinisch-westfälisches Holzgewerbe. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat die Lohnabkommen zum Bezirkstarifvertrag durch folgende Entscheidung, vom 14. 7. 1926, für allgemein verbindlich erklärt:

Entscheidung!

Die nachstehenden tariflichen Vereinbarungen werden für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt S. 67) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite:
 - zu 2 A: Rheinisch-westfälischer-Lippischer Tischlerinnungsverband; Bauverband Westfalen Lippe des Verbandes für das selbständige deutsche Drechslergewerbe;
 - zu 2 B: Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten im Industriebezirk e. V.
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
 - Deutscher Holzarbeiterverband, Gauvorstand Düsseldorf;
 - Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands; Gewerksverein der Holzarbeiter (S. D.).
2. Abgeschlossen A) am 24. Juni 1925 (Lohnabkommen B) am 2. Juli 1925. Nachträge zum allgemein verbindlichen Bezirkstarifvertrage vom 29. Oktober 1924.
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Holzgewerbe im Umfang der §§ 1 und 2 des Bezirkstarifvertrages. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeits-

Die staatswirtschaftlichen Voraussetzungen für Manufaktur und Großbetrieb.

War die Organisation der Hausindustrie der eine Weg, auf dem das Bedürfnis der langsam zum Merkantilismus übergehenden Wirtschaft nach Steigerung der für den nationalen und entfernteren Markt bestimmten Produktionsmenge gewerblicher Erzeugnisse eine zeitweilige Befriedigung fand, so war die Entwicklung zur Manufaktur die zweite Richtung, in Verfolgung derer die Wirtschaft ihrer Bedürfnisbefriedigung gerecht zu werden suchte. Zwischen beiden Betriebsformen besteht aber nicht allein ein entwicklungsmäßiger Zusammenhang in der Richtung, daß die Hausindustrie das Uebergangsstadium zwischen Handwerkerzeugung und Massenherstellung gebildet hat, sondern ist die Hausindustrie in einzelnen ihrer Erscheinungsformen meines Dafürhaltens direkt die entwicklungsmäßige Vorstufe der Manufaktur gewesen. War die Hausindustrie in bezug auf die Entwicklung des gewerblichen Betriebsystems zumal wegen ihrer Ueberwindung der Kunstbeengung und als Ansatz zur Großproduktion eine äußerst juckbare wirtschaftliche Bereicherung, so krankte in dieser Produktionsorganisation das wirtschaftliche Moment doch noch an manchen Schwereigenschaften, in deren Beseitigung die Entwicklung zur ökonomischen Großproduktion ihre nächste Aufgabe sehen mußte. Diese Schwereigenschaften lagen in der Organisation der Hausindustrie. Ihre erste Erscheinungsform, die handliche Hausindustrie, ist mehr oder weniger ein Saisonprodukt der Wintermonate. Gehilgt auf den Haussteif, entstehen hier Erzeugnisse der Hausweberei, der Weberei, Spinnerei, Korbflechterei und Holzschmiederei. Aber das sind doch in den meisten Fällen nur Nebenarbeiten, die der Landmann mit seinen Angehörigen während der Wintermonate treibt, Arbeiten, die als nur zeitweilig auf den Markt kommen können. Ähnlich ist es mit der Heimarbeit als Nebenberuf in den Städten. Das hier erzeugt wird, trägt zwar schon den Charakter einer bestimmten regelmäßigen Wiederkehr und gestattet eine gewisse Arbeitsteilung, aber die Grundlage kommt im wesentlichen nicht über die Verwendung der in der häuslichen Erziehung erworbenen Fertigkeiten und einfachen Handarbeiten hinaus. Bei es die angewandte Köchfertigkeit der Frauen oder die Herstellung von Kartonagen, Papp- und Schreibarbeiten. Der Charakter als Nebenberuf hebt auch hier der Massenproduktion des einzelnen Heimarbeiters im Wege. Wesentlich anders liegen die Dinge schon beim selbständigen Heimarbeiter, der entweder als selbständiger Geselle, ohne einen Gewerbetreibenden zu eröffnen, im Dienste eines Verleasers

regelmäßige Heimarbeit leistet, oder zusammen — aber ohne arbeitstechnischen Zusammenhang — mit anderen Heimarbeitern in einem aus Sparlichkeitsrücksichten gemeinsam gemieteten Arbeitsraum arbeitet. Die Unterstützung des Heimarbeiters dieser Kategorie durch die Mitarbeit seiner Familienangehörigen ist eine fast regelmäßig zu beobachtende Erscheinung. Der für das wirtschaftliche Moment in Frage kommende Fortschritt liegt in dieser Art der Heimarbeit gegenüber den vorerwähnten Organisationen darin, daß dieselbe nicht allein eine weitgehende Arbeitsteilung gestattet, sondern auch, weil sie eine hauptberufliche Arbeit darstellt, größere, regelmäßige Herstellungsleistungen abwirft und dadurch der Versorgung des Marktes eine, wenn auch beschränkte, so doch ziemlich gleichmäßige Bezugsquelle von Massenerzeugnissen sichert. Ausgeprägter noch beim verlegten Handwerk, das wir bereits kennengelernt haben. Was aber allen Arten dieser Produktionsorganisation gemeinamer Nachteil ist, das ist der Aufwand an für den Arbeitsprozeß verlorengehender Zeit, der durch das örtlich getrennte Wohnen und den dadurch hervorgerufenen dauernden Transport von einem zum anderen entsteht. Eine ökonomische Verzerrung des Fertigerzeugnisses ist das zwangsläufige Resultat, das sich aus dem zu großen Arbeitsweg und der zu langen Herstellungszeit des Produktes ergibt. So lange die hausindustrielle Warenerzeugung, die im Verhältnis zum Handwerk immerhin schon den Stempel der Herstellung „im großen“ trägt, dazu ausreichte, den Markt zu erobern und zu versorgen, fielen die Organisationschwächen nicht ins Gewicht. Denn auf der einen Seite war ja der Weg gefunden, die Produktion merkbar zu steigern, und auf der anderen die Verbilligung der Erzeugnisse und damit eine gesteigerte Absatz- und Konkurrenzfähigkeit bei gleichzeitiger Entlastung des Arbeitsmarktes erreicht. Erst als sich diese Betriebsform eingepreist und in Konkurrenz mit anderen Ländern zu messen hatte, als die Steigerung der Produktion abermals infolge des Anwachsens der Bevölkerung und der Erweiterung der allgemeinen Bedürfnisse die Wirtschaft vor die Föhung des Quantitätsproblems stellte, da mußten sich die Mängel des hausindustriellen Betriebsystems herausstellen, mußte die Weiterentwicklung wieder dort anknüpfen, wo sie abgebrochen war. Das war der Fall bei der Zerlegung des Arbeitsprozesses und der Aufteilung der einzelnen Arbeitsvorgänge unter die verschiedenen, räumlich getrennt wohnenden Mitglieder des unter dem leitenden Willen des organisierenden Unternehmers zirkulierenden Produktionsganges. Das Problem war — so wie es uns heute erscheint — klar

umrissen: Auf der einen Seite bestand es in der räumlichen und zeitlichen Zusammenfassung der örtlich getrennt wohnenden Heimarbeiter zu einer in ununterbrochenem Arbeitsgang zusammengefaßten, einheitlich geleiteten Arbeitsgemeinschaft. Auf der anderen Seite in der Aufgabe, durch die Zerlegung des Arbeitsprozesses und die Anwendung der erfahrungsgemäß günstigsten Arbeitsmittel und -methoden, eine solche Fertigkeit des einzelnen Arbeiters zu entwickeln, daß in Verbindung mit der durch geeignete räumliche Anordnung der einzelnen Teilarbeiten ermöglichten Ausschaltung von Verlusten an Zeit und Arbeitskraft während des Herstellungsganges nicht nur die Herstellungszeit bis zum Fertigerzeugnis verkürzt, die Qualität desselben vereinheitlicht und verbessert, und die Herstellungsleistung in dem gegebenen Zeitraum vergrößert wurde, sondern auch durch die so erzielte Verbilligung des Produktes und der Steigerung der Produktion eine konkurrenzfähige Massenerzeugung dem Handel zur Verfügung gestellt werden konnte. Aber die Scheinbar so einfache Lösung dieses Problems war für jene Zeit doch weit schwieriger, als es für unsere modernen Begriffe den Anschein hat. Sag doch die Schwierigkeit darin, zunächst einmal die Voraussetzungen für eine solche Organisation zu schaffen. Und zwar nicht nur die technischen, sondern vor allem die volkswirtschaftlichen. Setzen wir auch stillschweigend voraus, daß die Zunahme der Bevölkerung und der auf das gesteigerte Angebot der Hausindustrie gestützte allgemeine Bedarf einen solchen Grad erreicht hatte, daß damit der Massenbedarf als erste Voraussetzung gegeben war, so war damit — wenn auch eine unerlässliche —, so doch erst eine einzige Voraussetzung erfüllt. Der Uebergang zur zusammengefaßten Produktion konzentrierte das Massenangebot auf bestimmte Plätze des Wirtschaftsgebiets, und schuf damit an diesen Plätzen ein Ueberangebot, das weit über den Bedarf des lokalen Marktes hinausging, und weil er des Charakters der Kundenproduktion entbehrte, auf den Absatz auf einem ferneren, größeren und unbestimmten Markt angewiesen war. Um aber diese Aufgabe, deren Durchführung Sache des Handels war, erfüllen zu können, bedurfte es innerhalb des Wirtschaftsgebietes einer so organisierten Zirkulation, daß einmal ein zuverlässiger Transport und eine zeitlich annähernd genau vorausberechenbare Transportzeit gewährleistet war, und andererseits die Transportkosten nicht derart hoch waren, daß sie die Waren auf dem Wege zum Verbraucher in einem solchen Maße verteuerten, daß diese trotz der Massenherstellung teurer waren als die Erzeugnisse des am Ort des Abnehmers anfallenden Handwerks. Nun war

verträge von Holzarbeitern die in Betrieben beschäftigt sind, die nicht zur Holzindustrie gehören; sie erstreckt sich ferner nicht auf die Betriebe, die folgenden Arbeitgeberverbänden angehören:

- I. Arbeitgeberverband des Holzgewerbes der Kreise Summersbach, Wipperfurth und Waldbröl E. V. in Summersbach;
 - II. Wittgensteiner Arbeitgeberverband in Banse.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
 Rechtsrheinisch gelegener Teil der Rheinprovinz mit Ausnahme der Kreise Neuwied, Altenkirchen und des Siegfriedes, der Stadtgebiete Köln und Düsseldorf, sowie des unteren Kreises Solingen, einschließlich jedoch der Orte Burscheid, Gräfrath, Wald, Ohligs und Höhscheid im letzteren Kreise, Provinz Westfalen mit Ausnahme der Kreise Herford, Lübbecke und Minden, sowie des Ortes Steinheim im Kreise Höxter.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 1926

Im Auftrage:
 gez. Dr. W u s s e.

Lohnbewegung im saarländischen Holzgewerbe.

Der in immer zunehmendem Maße sich verstärkenden wirtschaftlichen Notlage der Holzarbeiter im Saargebiet Rechnung tragend, haben die Holzarbeitergewerkschaften am 25. Juni dieses Jahres dem Arbeitgeberverband neue Lohnforderungen gestellt. In ihrer Antwort erklärten die Arbeitgeber, daß die Lage des saarländischen Holzgewerbes eine bedeutende Verschlechterung erfahren habe, so daß eine Erhöhung der Preise durch Vermehrung der Unkosten in irgend einer Form untragbar und undurchführbar wäre. Die Unternehmer gaben zu, daß eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei, daß sie sich aber aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Lohnhöhung im Holzgewerbe nicht entschließen könnten. Solange die Unternehmer im Bergbau und der übrigen Industrie ihren Arbeitern eine Lohnhöhung nicht zukommen lassen, würde man eine Erhöhung der Holzarbeiterlöhne nicht verstehen. Wir wurden gebeten, unsere Forderungen vorerst zurückzustellen. Diese bezeichnende Antwort und die Ergebnisse unserer mündlichen Auseinandersetzung ließen erkennen, daß alle weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern über unsere Forderungen keine Aussicht auf Erfolg haben dürften. Wir faßten sofort den Entschluß, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieser teilte uns schon nach einigen Tagen mit, daß die Arbeitgeber jede Verhandlung über die Lohnfrage vor dem Schlichtungsausschuß kurzerhand ablehnten, und daß deshalb der Schlichtungsausschuß mit Rücksicht auf die im Saargebiet geltenden gesetzlichen Bestimmungen vorerst nichts weiteres tun könne. Den unerhört rückständigen Zustand im Völkerbundsstaat auf arbeitsrechtlichem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nützen die saarländischen Unternehmer natürlicherweise gründlich aus. Sie wissen, daß gegen ihren Willen im Saargebiet ein Schiedspruch nicht als allgemeiner verbindlich erklärt werden kann. Im Saarstatut lesen wir zwar, daß der saarländische Arbeiter arbeitsrechtlich sozial und wirtschaftlich nicht schlechter gestellt sein darf, wie sein Kollege im Reich.

Inzwischen stieg die Not unserer Kollegen immer höher und sichtbar, der Franken fiel immer weiter und die Lebenshaltungskosten schraubten sich im selben Verhältnis

unaufhaltbar nach oben. Wir machten die Arbeitgeber dementsprechend auf den Ernst der aus der Not unserer Kollegen herausgehenden Situation, und auf den ersten Willen zum entschlossenen Kampfe in den Reihen unserer Kollegen aufmerksam. Die Arbeitgeber hatten scheinbar keine große Lust, es auf eine Machtprobe mit uns ankommen zu lassen, und luden uns deshalb zu Mittwoch, den 7. Juli 1926, zur Lohnverhandlung ein. Nach hartnäckigen Verhandlungen einigte man sich, mit Vorbehalt der Zustimmung unserer Mitglieder, auf die nachstehenden Lohnsätze. Die neue Lohnzulage beträgt in ihrer Auswirkung 9 % auf die bisherigen Sätze, während die Lebenshaltungskosten seit dem Tage der letzten Lohnverhandlung (29. 4. 26) um rund 12 % gestiegen sind, und der Kurswert des französischen Franken in derselben Zeit um rund 25 % gefallen ist.

Das Ergebnis der Lohnverhandlung kann uns nicht befriedigen, weil die neue Zulage mit der eingetretenen Teuerung keinen Ausgleich schafft. Aber trotzdem bedeutet das Ergebnis dieser Lohnverhandlungen, im Vergleich zu dem Ergebnis der Verhandlung in anderen Berufen, einen gewissen Fortschritt für uns Holzarbeiter, den wir allerdings ohne größte Kraftanstrengung der Gewerkschaften nicht buchen könnten. Dieses mögen sich aber ganz besonders die unorganisierten Kollegen zu Herzen nehmen, die uns mit ihrem unkollegialen Verhalten die Arbeit immer erschweren.

Die neuen Lohnsätze, die ab 8. Juli 1926 zur Auszahlung kommen, betragen nunmehr:

für Facharbeiter:	
I. Fräser	pro Stunde 6,80 Frs
II. Fräser	6,35 "
Bauanschläger	6,35 "
Schreiner, Glaser, Maschinen-Arbeiter über 25 Jahre	5,80 "
" " " " von 20-25 "	5,55 "
" " " " 20-22 "	4,80 "
" " " " über 19 "	4,15 "
" " " " 18 "	3,20 "
" " " " 18 "	2,60 "
Besser qualifizierte Schreiner, Glaser usw.	6,05, bis 6,40 Frs.

für Hilfsarbeiter:	
über 25 Jahre pro Stunde	4,10 Frs.
von 20-25 " " "	3,75 "
über 19 " " "	2,85 "
" 18 " " "	2,40 "
" 17 " " "	1,85 "
" 16 " " "	1,55 "
" 15 " " "	1,20 "
" 14 " " "	1,05 "

In der am Freitag, den 9. Juli 1926, im Kolpinghause in Saarbrücken stattgefundenen Mitgliederversammlung unseres Verbandes, wurde zum vorliegenden Ergebnis der Lohnverhandlung Stellung genommen. Die neue Lohnzulage wurde als entschieden unzureichend bezeichnet, und das Verhalten der Arbeitgeber angesichts der brutalen Notlage der Holzarbeiter mit nicht mißzuverstehenden Worten geißelt. Mit Rücksicht auf das tatsächlich immer noch daniederliegende Holzgewerbe, und um die Kollegen sofort in den Genuß der neuen Lohnzulage zu bringen, wurde mit geringer Stimmenmehrheit beschlossen, das neue Lohnabkommen anzunehmen. Gleichzeitig wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Unternehmer bereit sein müßten, sobald die Teuerung weiter in die Höhe steigt, uns eine neue Lohnhöhung zukommen zu lassen.

aber im 17. Jahrhundert das Verkehrsnetz allgemein nicht nur äußerst dürftig und schlecht, sondern wurde der Güterverkehr durch unzählige Zollschranken und Abgabelationen behindert und verteuert. Damit entstand als zweite Voraussetzung ein neues Problem: die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, die Vereinigung desselben von den wirtschaftserschwerenden Binnenabgaben und die Schaffung eines ausgedehnten Verkehrsnetzes. Die Lösung dieses Problems machte wieder die Erweiterung der Stadtwirtschaft zur Staatswirtschaft zur Voraussetzung und die Erfassung der Wirtschaftskräfte zum Zweck gemeinsamer Aufbringung der für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten erforderlichen Mittel zur Bedingung. Welche Wege — wenigstens für die Lösung der ersten beiden Aufgaben — zu betreten waren, hat Colbert an dem Beispiel Frankreichs (1661—1683) gezeigt.

Wollte man den Großbetrieb verwirklichen, so war es als weiteres notwendig, daß man ihn außerhalb der Zuständigkeitsgrenze stellte. Die auf die zentralisierte Kleinproduktion im Alleinbetrieb aufgebaute Sunstreglementierung war gerade wegen deren Eigenschaft als Interessensverbreitung des Klein-gewerbes nicht dazu geeignet, die für den Großbetrieb erforderliche weitmaschige und großzügige Organisation richtig zu erfassen, und hätte mit ihrem Streben nach weitestgehender Ausschaltung der Konkurrenz genau das unterbunden, was dem Großbetrieb nützt: die freie Entfaltung seiner Kräfte. Ja, man hätte ihm vom ersten Augenblick an das genommen, was dem Großbetrieb seine zukünftige überlegene Stellung in der Wirtschaft entwickelt hat — das gerade durch die fort-gesetzte Konkurrenz mit anderen Betrieben hervorgerahnte Streben, durch den Uebergang zu immer verbesserten Produktionsmitteln und -methoden zur Ueberbietung der Konkurrenzangebote und zur Unterbietung der Konkurrenzpreise zu gelangen. Die übergewerbliche Stellungnahme zu diesem Problem, wie auch hier zum Staat.

Aber auch mit der voranschreitenden Lösung der vorstehenden Aufgaben waren die Voraussetzungen für den erfolgreichen Uebergang zum Großbetrieb noch nicht erfüllt. Der Großbetrieb ist nicht nur die räumliche Zusammenfassung von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln, sondern auch die Kombination von Arbeit und Kapital. Die Errichtung eines Großbetriebes bedarf des Anlagekapitals: sei es für den Kauf des Bodens, für die Anschaffung der Baumaterialien, für den Aufbau des Gebäudes, sei es für die Beschaffung der Arbeitsgeräte — Maschinen kannte die Manufaktur noch nicht — und die sonstigen Einrichtungsgegenstände, die Grundlage ist das Kapital. Im Produktionsprozeß finden wir entspre-

chendes. Kapital ist notwendig für den Ankauf der Rohstoffe und für die Entlohnung der Arbeiter. Umlaufendes Kapital. Wie die Produktion, bedarf seines der Handel und in Form der Münze auch der Verbraucher — der letzte Käufer. In der Verallgemeinerung der Geldwirtschaft lag also eine ebenso notwendige Voraussetzung, wie in der Möglichkeit der Kapitalbeschaffung die andere. Was die erstere zum Geldverkehr, so wies die letztere zum Kreditverkehr. Daraus entstand aber notwendigerweise als neues Postulat die Aufhebung des Zinsverbotes — und damit die Auseinander- setzung zwischen Wirtschaft und Kirche —, sowie die Ent- wicklung des Bankwesens als Träger des Kreditverkehrs und des Vermittlers zwischen dem in der Wirtschaft ungenutzt liegenden, und dem von der Wirtschaft gebrauchten Kapital. Darüber hinaus mußte eine Form gefunden werden, um die notwendige Kleinkapitalunterlage für die mit der Erweiterung der Produktion und des Handels erforderlich werdenden Neugründungen der Wirtschaft zuführen zu können. In der Form der Aktie hat die Entwicklung diese Aufgabe von selbst gelöst, in der Organisation der Börse hat sie gleich- zeitig das notwendige Wirtschaftsbarometer ergänzt. — Die Organisation des Absatzes, also die Aufgabe, das Wirtschafts- gebiet mit einem Satz von Verteilungskanälen zu durch- setzen, in die sich der Strom der Warenherstellung ergießen konnte, war ein Problem, das dem Handel die Schaffung einer ähnlichen Grundvoraussetzung auftrug, wie der Massen- bedarf diejenige der Massenerzeugung war.

Wir sehen, es waren eine Vielzahl wechselwirkender Pro- bleme, die entwicklungsfähig gelöst werden mußten, ehe die notwendigen Voraussetzungen für die erfolgreiche Einschaltung des Großbetriebes in der Wirtschaft erfüllt waren. Das scheint so einfach zu lösende Problem der räumlichen und zeitlichen Zusammenfassung von Arbeitskräften und Arbeits- mitteln in der Hand des kapitalistischen Unternehmers konnte sich nur entsprechend der organischen Entwicklung der Wirt- schaft zur Staatswirtschaft, und wie wir später sehen werden, darüber hinaus zur Volks- und Weltwirtschaft lösen, war gebunden an die sich langsam aufeinander abstimmen- den, wechselwirkenden Zusammenhänge. Die Manufaktur, deren Charakteristikum die Zusammenfassung von Kapital, Arbeit und Arbeitsmitteln ohne Maschinenverwendung ist, war das erste Glied in der Kette des gewerblichen Großbetriebes. Die Erfindung der Maschine leitete die zweite Entwicklung ein: den auf die Kombination von Hand- und Maschinenarbeit aufgebauten Fabrikbetrieb. Die Vervollkommnung der ge- schaffenen Grundlagen war der Weg zum Massenbetrieb unserer Zeit.

Gewerkschaftliches.

■ Die christlichen Gewerkschaften in englischer Beleuch- tung. Bekanntlich machte der englische Gewerkschaftssek- retär und frühere parlamentarische Sekretär im Handels- ministerium unter der Labour-Regierung A. S. Church im April d. J. eine Reise nach Deutschland zum Studium der christlichen Gewerkschaften. Ueber seine Beobachtungen und Eindrücke hat er nunmehr den englischen Gewerk- schaften und der Labour Party Bericht erstattet.

Darin beklagt er zunächst, daß die englischen Gewerk- schaften mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu den sozi- alistischen Gewerkschaften Deutschlands eine so starke Minderheit in der deutschen Arbeiterbewegung ignorieren zu müssen glauben. Falsch wären die englischen Vorurteile, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Mitgliedschaft nur auf Katholiken beschränken oder sich vom katholischen Klerus beherrschen ließen, daß sie mit den sozialistischen Gewerkschaften auf Kriegsfuß ständen und reaktionären Tendenzen unterlägen. Ihre Tätigkeit schwäche nicht die Arbeiterbewegung als Ganzes, sondern stärke sie in vielen Fällen.

Die christlichen Gewerkschaften stellten eine tatsächliche Macht im deutschen Volksleben dar, und die englischen Gewerkschaften könnten es sich nicht leisten, über sie hin- wegzusehen. Die Anerkennung eines Arbeiterverbandes durch den anderen müsse letzten Endes von der Identität ihrer Interessen als Arbeiter abhängen, gleichviel, wie sie politisch gerichtet seien oder was sie religiös glauben mögen. Das Ziel der christlichen Gewerkschaften scheine daselbe zu sein, wie das Ziel der englischen Gewerk- schaften. Die Methoden mögen leicht voneinander ab- weichen, aber die bestehende Ähnlichkeit im Ziel, in den Methoden und in der allgemeinen Einstellung seien aus- reichend, um die Aufnahme von Verhandlungen zu recht- fertigen.

Rundschau.

■ Sie spotten ihrer selbst. Der Reichsverband vaterlän- discher Arbeiter- und Werkvereine hält in den Tagen vom 27. bis 30. August in Nürnberg seinen 2. Bundestag ab. Nach der vorliegenden Tagesordnung wird die Delegierten- Versammlung am 28. August eröffnet mit dem gemeinschaft- lichen Gesang: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ Nach der ganzen Ein- stellung, die wir in der Vorkriegszeit und auch neuerdings wie- der bei den wirtschaftsfriedlichen, vaterländischen Arbeiter- und Werkvereinen beobachten konnten, paßt das Absingen des vorgenannten Kampfliedes zur gelben Bewegung wie die Faust aufs Auge. Es scheint, daß die vaterländischen Ar- beiter- und Werkvereine sich zur Hauptaufgabe gemacht haben, nationalistische Töne anzuschlagen, um die ganze Be- deutungslosigkeit ihrer wirtschaftlichen Arbeit zu bemänteln. Doch, wir wollen nicht ungerecht sein. In einer Beziehung zeigen die Selben Mut, nämlich in der Bekämpfung der Ge- werkschaften und ihrer Führer. In der Nr. 27 der „Deut- schen Werksgemeinschaft“, dem Organ der vaterländischen Arbeiter- und Werkvereine, wird zur Offensive aufgerufen. Der Offensivgeist soll sich aber nicht etwa auf Arbeiten er- strecken, die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Ar- beiterschaft erforderlich sind, sondern mit frischem Mut und großem Vertrauen zu den Arbeitgebern will man den Kampf gegen die Gewerkschaften aufnehmen. Einige Absätze aus dem „Aufruf“ mögen unsern Lesern zeigen, welcher Geist bei den Vaterländischen vorherrscht.

„70 % der deutschen Arbeiterschaft sind heute zu Staats- bürgern II. Klasse degradiert, sind gewerkschaftlich nicht organisiert. Aber trotzdem räumt man diesen Gewerk- schaften, die nur eine Minderheit der deutschen Arbeiter- schaft vertreten, weitestgehende Konzessionen, eine Monopol- stellung auf sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gebieten amtlicherseits ein.

Kameraden! Diesen skandalösen Zuständen gilt es ein Ende zu bereiten. Die Arbeitskammeraden, die heute noch schlafen, müssen aufgeweckt, zum gemeinsamen Kampf auf- gerufen werden, um sich gegen die gewerkschaftliche Be- vormundung zu wehren.

Nicht Gewerkschafts-skavens, sondern freie Arbeiter wollen wir sein. Frei in jeder Hinsicht, ohne auch die geringste Einschränkung des persönlichen Willens und Wollens.“

Eigentlich hat man durch diese Aeußerungen den Gewerk- schaften selbst das Zeugnis ausgestellt, daß sie trotz herab- geminderter Mitgliederzahl in Deutschland einigen Einfluß besitzen. Die Werksgemeinschaft rechnet allerdings nicht da- mit, daß ihre wirtschaftsfriedlichen Leser auch diese Schluß- folgerung aus den zitierten Absätzen des Aufrufes ziehen könnten, weil sie anscheinend die Denkfähigkeit ihrer Leute gut kennt. Je weniger man im wirtschaftlichen Kampfe be- deutet, um so kräftiger muß man Politik machen. Weil die „Vaterländischen“ im Wirtschaftsleben von jeher bereit waren, die Freiheit der Arbeiterschaft vertrauensvoll in die Hände des Unternehmertums zu legen, hat man auch allen Grund, mit dem Lied zu beginnen: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“

■ Bezahelter Urlaub im Ausland. In Frankreich hat der Kammerauschuß kürzlich seinen Bericht über den Ge- setz- entwurf betr. den bezahlten Urlaub vorgelegt. Der Entwurf

Dr. Rüppert.

lieht nach einjähriger Betriebszugehörigkeit einen jährlichen Urlaub von mindestens 8 Tagen, nach 2 Jahren von mindestens 15 Tagen vor. Die Feriendauer wird erhöht bei gesundheitsschädlichen Arbeiten sowie für Jugendliche unter 18 Jahren. Die Ferien sind unabbdingbar.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß der Entwurf die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft zu befriedigen geeignet sei. Nur eine längere Unterbrechung der oft sehr monotonen Arbeit könne die moralischen und körperlichen Kräfte des Arbeiters erneuern. Diese Regelung diene nicht allein dem Interesse des einzelnen Arbeiters, sondern ebenso sehr den Interessen der Gemeinschaft. Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Nation nach diesem verheerenden Kriege erfordere eine sorgfältige Pflege der Arbeitskraft. Die Gesundheit und die Arbeitsfreude gehören zu den wichtigsten Produktionsfaktoren. Ferien seien ein Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung.

Der Bericht führt eine Reihe von Beispielen des In- und Auslandes an und weist auf die günstigen Ergebnisse hin. Um die Klagen über die Minderung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit durch soziale Reformen zum Schweigen zu bringen, sei es notwendig, diese Reformen international durchzuführen. Der Ausschuß schlägt der Kammer vor, den von der Regierung eingebrachten Entwurf ohne Aenderung anzunehmen.

Die Handelskammer von Limoges hat eine Entschließung angenommen, die der Kammer die Ablehnung des Gesetzesentwurfs empfiehlt, da diese Maßnahme ihre schädlichen Rückwirkungen auf den Gang der Wirtschaft nicht verfehlen und insbesondere zu einer Steigerung der Produktionskosten führen würde.

Die Kammer in Luxemburg hat in erster Lesung über einen Gesetzesentwurf betr. den bezahlten jährlichen Urlaub beraten. Sie hat einen Abänderungsantrag angenommen, der sich sowohl auf die Zahl der Dienstjahre, als auch auf die Zahl der Urlaubstage erstreckt. Nachstehende Uebersicht zeigt die ursprüngliche und die neue Fassung des Gesetzes:

Entwurf:		neue Fassung:	
nach 3 Dienstjahren	10 Tage	nach 1 Dienstjahre	4 Tage
nach 5 Dienstjahren	20 Tage	nach 2 Dienstjahren	5 Tage
		nach 10 Dienstjahren	7 Tage
		nach 20 Dienstjahren	12 Tage

Anderer Anträge, die ebenfalls angenommen wurden, betreffen: die Ausschließung der Hausgehilfen sowie der in Betrieben mit weniger als 20 beschäftigten Personen tätigen Arbeiter (mit Ausnahme der Bergarbeiter) vom Anwendungsbereich des Gesetzes. J. A. B.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Rationalisierung und Erwerbslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen fällt nicht in dem gleichen Maße, wie die Produktion sich steigert und der Absatz größer wird. Während in der Wirtschaftslage eine erfreuliche Besserung zu beginnen scheint, wird die Besserung der Lage des Arbeitsmarktes nur ganz langsam vor sich gehen, selbst dann, wenn Warenherstellung und Umsatz erheblich an Umfang gewinnen. Für das Jahr 1927 rechnet man mit einer bleibenden Arbeitslosigkeit, die um eine Million herumliegt. Vom Jahre 1928 ist eine Art Schicksalshilfe dadurch zu erwarten, daß infolge des Geburtenrückgangs während des Krieges der jährliche Zustrom an Arbeitskräften stark nachläßt.

Die Ursache dafür, daß das Wirtschaftsbarometer steigt, während das Arbeitslosenbarometer dahinter weit zurückbleibt, ist darin zu suchen, daß der noch anhaltende Umstellungs- und Rationalisierungsprozeß in der Wirtschaft immer mehr Arbeitskräfte überflüssig macht. So wurde z. B. in der Kolonialindustrie durch stärkere Zusammenlegung der Betriebe eine außerordentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit herbeigeführt, trotzdem die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 20 000 zurückging. Nicht zu leugnen ist auch, daß die Bildung des Montantriftes den rheinisch-westfälischen Arbeitsmarkt stark belastet. Bei gleicher Belegschaft erhöhte sich die Leistungsfähigkeit der Hochofen von 172 Tonnen täglich im Jahre 1922 auf 245 Tonnen im Februar 1926. Nach Angabe des Vereins für die bergbauischen Interessen entfiel auf den Mann im Mai vorigen Jahres ein Schichtförderanteil von 908 Kilogramm, während derselbe im Dezember 1031 Kilogr. betrug, d. h. 195 Kilogramm mehr als vor dem Kriege. Dabei

ging die Arbeiterzahl von 428 806 vor dem Kriege auf 396 000 am Ende des Jahres 1925 zurück. Die Eisenbahnwerkstätten bessern heute eine Lokomotive in 20-30 Tagen aus, wozu in der Vorkriegszeit 130 Tage notwendig waren. Daher ging die Zahl der Werkstätten von 114 im Jahre 1920 auf 90 zurück, und die Zahl der in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter von 214 533 auf 117 115, wozu noch 6000 Arbeiter kommen, die in diesem Jahr abgebaut werden sollen.

Gegen die Rationalisierung als solche wird niemand etwas einzuwenden haben, am wenigsten die Arbeiter, die darunter zunächst am stärksten leiden müssen. Aber infolge der dadurch hervorgerufenen Verbilligung der Produktion gewinnen die Probleme Arbeitszeit, Entlohnung und Ferien eine ganz andere Bedeutung. Es geht keinesfalls an, die Arbeitszeit noch zu verlängern, weil dadurch die Arbeitslosigkeit über das Maß des Notwendigen hinaus gesteigert würde. Sie muß im Gegenteil überall da, wo die arbeitsmäßige Arbeitszeit überschritten wird, reduziert werden. Auch die Methode der Lohnherabsetzung und Ferienentziehung ist durch nichts gerechtfertigt. Gerade der Arbeiter, von dem eine Leistungssteigerung verlangt wird, hat ein Anrecht darauf, daß auch ihm die Verbilligung der Produktion zugute kommt. Es ist eines der betrüblichsten Kapitel unserer Zeit, daß manche Unternehmer die starke Erwerbslosigkeit ausnützen, um die Löhne zu drücken und die Arbeitnehmer wieder völlig rechtlos zu machen. Die angebliche Notlage der Wirtschaft ist eine abgegriffene Phrase, die durch die Produktionsverbilligung als absurdum geführt wird. Grund ist einzig und allein das Streben nach Wiederherstellung der Unternehmerrückwärtsentwicklung, die wird auf die Dauer alle Erfolge der Rationalisierung zunichte machen. Ganz abgesehen davon, daß nur hohe Löhne und verbilligte Preise den Innenaufbau zu heizen in der Lage sind. Leider ist auch von einem Preisabbau nichts zu spüren. Auch geht es nicht an, daß die Opfer der Rationalisierung, die Erwerbslosen, schutzlos ihrem Schicksal überlassen bleiben. Es ist Pflicht der Allgemeinheit, durch eine angemessene Unterstützung dafür zu sorgen, daß sie über die schlimmste Zeit hinwegkommen. Ebenso liegt es im Interesse der Allgemeinheit, die notwendige Umleitung der Arbeitskraft von einem Industriezweig zum andern zu erleichtern. Ein weiteres Vnderungsmittel ist die weitestgehende Ersetzung der ausländischen Wanderarbeiter durch deutsche Arbeiter. In Deutschland sind im Augenblick etwa 140 000 fremde Wanderarbeiter, darunter 90 Prozent Polen, die in der Hauptsache beim östlichen Großgrundbesitz beschäftigt werden. Es ist richtig, daß die meisten Industriearbeiter für die landwirtschaftliche Tätigkeit ungeeignet sind. Ebenjowenig aber kann gelehrt werden, daß man mit der Ueberführung der großstädtischen Schulentlassenen auf das Land die besten Erfolge erzielt hat, da mehr als 20 Prozent derselben, die in den letzten Jahren in die Landwirtschaft geschickt wurden, dauern dort verblieben. Durch diese Kräfte könnten allmählich die Wanderarbeiter, von denen bereits mehr als die Hälfte als Dauerarbeiter, die auch im Winter nicht in ihre Heimat zurückkehren und in der Industrie Unterschlupf suchen, anzusprechen sind, ersetzt werden. Leider besteht das Haupthindernis darin, daß die Großgrundbesitzer die polnischen Wanderarbeiter um dessentwillen bevorzugen, weil sie unterwürfiger und in bezug auf Entlohnung und Wohnung mit ganz bescheidenen Ansprüchen zufrieden sind. Auch die Großgrundbesitzer müßten jodiel nationales Empfinden haben, daß sie nationale Notwendigkeiten über den Eigennutz stellen. Und wenn der Großgrundbesitz so unrationell arbeitet, daß er auf die polnischen Arbeiter angewiesen ist, dann bleibt nichts anderes übrig, als Mittelbetriebe zu schaffen, die infolge besserer Uebersicht auch rationaler zu arbeiten vermögen.

Jedenfalls muß im volkswirtschaftlichen Interesse alles getan werden, die Zahl der Erwerbslosen möglichst herabzudrücken. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung ist ein erster Schritt dazu.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Innungsverband, „Bund deutscher Tapezierer“ wird vom 16. bis 18. August in Köln seinen Verbandstag abhalten. Die Tagesordnung sieht an besonderen Vorträgen folgende vor: „Berufswahl und Lehrlingsfragen“, „Die deutsche Fachschule für Dekorateurs und Polsterer“, „Das neue Arbeitsrecht“, „Schwarzarbeit und unlauterer Wettbewerb“ und „Die

richtige Unkostenberechnung“. Von den gestellten Anträgen die den Verbandstag beschäftigen werden, sind folgende hervorzuheben: „Das Bundesorgan, „Die allgemeine Tapeziererzeitung“, soll in Abständen eine Beilage für Lehrlinge herausgeben, die durch die Lehrmeister den Lehrlingen kostenlos verabsolgt wird“. Ein anderer Antrag verlangt auf die Reichsregierung dahingehend einzuwirken, daß die Gewerbeordnung ergänzt wird, und zwar, daß „wirksame Polizeistrafen für Puscharbeiten (sogenannte Schwarzarbeit) angewandt werden“. Die betreffenden Gewerbe (wohl die Innungen) sollen solche feststellen. Weiter, „die Einzelregierungen sollen veranlaßt werden, die Erlangung von Gewerbescheinen zu erschweren.“ Die beiden letzten Anträge, die von der großen Innung Leipzig gestellt sind, versehen uns wohl gedanklich zurück in die Zeit des Niedergangs der fünften. Die freie deutsche Republik wird solche Junftgedanken wohl nicht Gesez werden lassen. Auch verlangen mehrere Innungen in Anträgen die Herabsetzung der Bundesbeiträge. Die Innung Speyer verlangt für das Sattler- und Tapeziererhandwerk einen gemeinsamen Manteltarif. Wenn die Tapezierermeister genügend soziales Verständnis aufbringen, wären auch Manteltarife für das Gewerbe wohl zu schaffen. In Rheinland und Westfalen hat man ein halbes Jahr zwecklos mit den Meistern über diese Frage verhandelt. Abbau des Vertriebes war das Ziel der Meister! Leider vermisst man Anträge gegen den Materialpreismacher. Denn, wenn der Vorliegende des Innungsbundes auf dem Verbandstage des „Bühmischen Landesverbandes für das Sattler- und Polstergewerbe“ berichten konnte, daß noch in letzter Zeit der Drahtverband, durch Errichtung einer Verteilungsstelle in Düsseldorf, eine Verteuerung der Federn für Polstermöbel, um 20 bis 30 % herbeiführte, wäre ein scharfer Vorstoß gegen solche Bewucherung am Plage. Man ist wohl berechtigt, die Frage aufzuwerfen: „Wo bleiben die Früchte der Rationalisierung?“ Es scheint, daß nicht die Verbilligung der Waren die Frucht ist, sondern, daß der Unternehmerrückgang weiter maßlos gesteigert wird.

Die Kölner Tapezierer-Innung veranstaltet mit der Tagung eine Ausstellung von technischen Neuheiten aus dem Gewerbe.

Die Fachlehrer für das Tapezierer-, Dekorateur- und Polstergewerbe werden bereits am 14. August in Köln zu einer Konferenz zusammentreten.

Der Bund deutscher Tapezierer hat in letzter Zeit einen herben Verlust erlitten. Der Redakteur der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“, Simon Eder, ist vor einigen Wochen aus dem Leben geschieden. Er war 30 Jahre Mitglied des Bundesvorstandes, und 25 Jahre Redakteur des Bundesorgans. Der Verstorbenen war, wie die freie „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ berichtet, Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre ein scharfer Anhänger der gewerkschaftlichen Lokalorganisationen. Der Bund hat durch den Tod Eders ohne Zweifel einen der fähigsten Männer verloren.

Literarisches.

„Haut und Harze“, eine Gedichtsammlung von Ludwig Kessing, herausgegeben vom Gewerkeverein Christl. Bergarbeiter Deutschlands, Essen (Ruhr), Schützenbahn 64.

Die Herausgabe dieses Gedichtbandes entspricht einem allgemeinen Bedürfnis. Bisher bestand auf dem Gebiete der Arbeiterdichtung ein bedauerlicher Mangel in der deutschen Literatur. Die vielfach wertvolle Geistesarbeit mancher Arbeiterdichter kam nicht genügend zur Geltung.

Der neue Gedichtband „Haut und Harze“ soll deshalb weiten Kreisen des deutschen Volkes zugänglich gemacht werden. Man wird deshalb auch die Frage stellen: Wer ist Ludwig Kessing? Der Dichter ist ein ganz bescheidener Bergmann. Seit seinem 14. Lebensjahr arbeitet er in der Grube. Trotz seiner harten und schweren Arbeit, die er bereits 43 Jahre verrichtet, behielt er seine Liebe zur Poesie, zu der er sich von Jugend an hingezogen fühlte. Aus seinem Schaffen spricht der Geist echten Standesbewußtseins und eines gesunden Berufsstolzes nicht minder als seine Liebe zur Heimat und zu seinem Volk.

Wer den Gedichtband „Haut und Harze“ besitzt, wird diesen einfachen Mann aus dem Volke erst richtig verstehen. Auf 160 Seiten sind die schönsten Perlen seiner Dichtkunst in einer Gedichtsammlung vereinigt. Wer wirklich ein gutes Buch schätzen und lieben gelernt hat, wird mit „Haut und Harze“ besonders zufrieden sein. Von dem Gedichtband ist nur eine beschränkte Auflage vorhanden, die bald vergriffen sein dürfte.

Deutscher Versicherungs-Konzern
 in Berlin-Schöneberg (Post Friedenau) Hähnelftr. 15a
 Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes versichern ihr Leben bei der Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützigen Aktiengesellschaft, ihre Möbel und ihren Hausrat bei der Deutschen Feuerversicherung A.-G. Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen können ebendort zu günstigen Bedingungen abgeschlossen werden.
 Billige Tarife • Kulante Schadensbehandlung • Größte Sicherheit
 Aufsichtsrat-Vorsitzender: Ministerpräsident a. D. Dr. Siegerwald
 Überall Mitarbeiter gesucht

Für Bauhandwerker!
 Billige Fachliteratur.
 1. Bogenkonstruktionen Preis 1,50 M.
 2. Die Treppenbankunst " 2,00 "
 3. Die Dachschiffung " 2,00 "
 4. Der Geländebauer " 4,00 "
 5. Der Treppenhauer " 7,00 "
 6. Der Zimmerpolier " 30,00 "
 7. Das Buch der Zimmerleute " 16,00 "
 8. Der Maurerpolier " 12,00 "
 Ausführliche Prospekte gratis.
 Zu beziehen von
 B. Köstfeld, Borghorst i. Westf.

**Prima
 Hobelbänke**
 2 m lang, mit Eisenspindeln und eiserner
 Hinterzangenführung, à 90.— Mk.
H. Dreger, Holzwinden
 Sparenbergstraße 11.